

Ausschließungsgründe nach § 31 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW)

Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte sowie andere in der Kommunalpolitik ehrenamtlich Tätige dürfen nach § 31 GO NRW (siehe Anlage) in Angelegenheiten, bei denen sie als befangen gelten, weder bei der Beratung noch an der Entscheidung mitwirken. Neben den gewählten kommunalen Mandatsträgern bezieht sich diese Bestimmung auch auf sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen nach § 58 GO NRW (hier kann es sich nur auf die Beratung beziehen, da sie kein Stimmrecht innehaben). Aus diesen gesetzlichen Regelungen ergibt sich ein **Mitwirkungsverbot bei Befangenheit**.

Sinn und Zweck der in der Gemeindeordnung geregelten Befangenheitsgründe ist es, kommunale Rats- und Ausschussmitglieder anzuhalten, ihre Tätigkeit ausschließlich am **Gesetz** und ihrer nur durch Rücksicht auf das **öffentliche Wohl** bestimmten Überzeugung auszurichten, ihnen persönliche Konfliktsituationen zu ersparen sowie das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in eine saubere Kommunalverwaltung zu erhalten und zu stärken. Deshalb ist ein Mitglied wegen eines möglichen unmittelbaren Vor- oder Nachteils bereits dann von der Mitwirkung an einer Ratsentscheidung ausgeschlossen, wenn eine enge persönliche Beziehung zum Beratungsgegenstand besteht, welche nach den gesamten Umständen die Besorgnis nahelegt, das Mitglied werde aufgrund eigener Interessen nicht mehr uneigennützig und gemeinwohlorientiert handeln. Dementsprechend kommt es nicht darauf an, ob das betroffene Mitglied durch die Wahrnehmung seiner Mitwirkungsrechte einen möglichen Vor- oder Nachteil tatsächlich erfährt. Vielmehr genügt ein dahingehender „böser Schein“.

Von besonderer Bedeutung ist das **Mitwirkungsverbot bei Befangenheit** u. a. für Beratungen und Entscheidungen in **Bebauungsplanverfahren**. An der Beschlussfassung über einen Bebauungsplan (aber auch z. B. einen „Flächennutzungsplan Windenergie“) dürfen in der Regel Ratsmitglieder nicht mitwirken, wenn sie selbst oder eine ihnen wirtschaftlich oder familiär nahe stehende Person aus den Festsetzungen des Bebauungsplans einen **unmittelbaren** materiellen oder immateriellen Vorteil ziehen (z.B. durch den Verkauf eines Grundstücks im Bebauungsplangebiet nach dem Aufstellungsbeschluss zum Baulandpreis), oder einen entsprechenden Nachteil erleiden können. Mögliche mittelbare Interessen (z.B. eines Immobilienmaklers im Gemeinderat) genügen nicht.

Ausgeschlossen ist das Ratsmitglied regelmäßig auch, wenn der Vor- oder Nachteil ein Unternehmen betrifft, in dem das betroffene Ratsmitglied arbeitet oder sonstige Funktionen wahrnimmt.

Voraussetzung für die Bejahung einer Befangenheit ist daher stets die **Individualisierbarkeit** eines Vor- oder Nachteils; eine gleiche Betroffenheit wie bei vielen anderen reicht nicht aus. Neben der **Kausalität** des Bebauungsplans für einen Vor- oder Nachteil ist daher auch dessen **Intensität** von Bedeutung. Erforderlich ist in der Regel eine Lage des (positiv oder negativ) betroffenen Grundstücks im Plangebiet selbst oder in dessen unmittelbarem Einwirkungsbereich.

Eine individuelle Betroffenheit liegt z. B. dann vor, wenn ein Rats- oder Ausschussmitglied Eigentum oder Mietbesitz im Plangebiet hat. Solche Grundstückspositionen begründen eine individuelle Betroffenheit ferner auch bei einer Lage, die an das Plangebiet angrenzt, wenn der Bebauungsplan in einer konkreten, unmittelbaren Beziehung zu ihnen steht (z. B. Beschattung oder Einschränkung der Aussicht). Dasselbe gilt für Grundstücke, die nicht unmittelbar an der Plangrenze liegen, aber von den Ausstrahlungswirkungen der Festsetzungen eines Bebauungsplans betroffen sind, etwa durch Verkehrslärm oder andere belastende Immissionen.

Der Ausschluss bezieht sich in der Regel nicht nur auf den das Bebauungsplanverfahren abschließenden Satzungsbeschluss, sondern auch auf **alle wesentlichen Beratungen und Beschlüsse während des Aufstellungsverfahrens**, wie z.B. den Beschluss über die Auslegung des Bebauungsplans oder die Beratung über eingegangene Stellungnahmen.

Befangene Ratsmitglieder dürfen allerdings bei den regelmäßig öffentlichen Sitzungen im Zuhörerraum Platz nehmen. Ein Abrücken lediglich „um Stuhlesbreite“ vom Sitzungstisch genügt jedoch nicht.

Über die Frage, ob ein Gemeinderatsmitglied befangen ist, entscheidet in der Regel die Gemeindevertretung als Kollegialorgan, wenn das betreffende Mitglied nicht bereits freiwillig, ggf. auch nur vorsorglich zur Vermeidung eines bösen Scheins, von einer Mitwirkung absieht.

Folge der Mitwirkung eines befangenen Ratsmitglieds **beim Satzungsbeschluss** ist grundsätzlich die Nichtigkeit des Beschlusses und damit, anders als regelmäßig bei vorgelagerten Beratungen und Beschlüssen, die Unwirksamkeit des Bebauungsplans.

Anlage § 31 GO NRW Ausschlussgründe

(1) Der zu ehrenamtlicher Tätigkeit oder in ein Ehrenamt Berufene darf weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung einer Angelegenheit

1. ihm selbst,
2. einem seiner Angehörigen,
3. einer von ihm kraft Gesetzes oder kraft Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person

einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. Unmittelbar ist der Vorteil oder Nachteil, wenn die Entscheidung eine natürliche oder juristische Person direkt berührt.

(2) Das Mitwirkungsverbot gilt auch, wenn der Betreffende

1. bei einer natürlichen Person, einer juristischen Person oder einer Vereinigung, der die Entscheidung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann, gegen Entgelt beschäftigt ist und nach den tatsächlichen Umständen, insbesondere der Art seiner Beschäftigung, ein Interessenwiderstreit anzunehmen ist,
2. Mitglied des Vorstandes, des Aufsichtsrates oder eines gleichartigen Organs einer juristischen Person oder einer Vereinigung ist, der die Entscheidung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann, es sei denn, er gehört den genannten Organen als Vertreter oder auf Vorschlag der Gemeinde an,
3. in anderer als öffentlicher Eigenschaft in der Angelegenheit ein Gutachten abgegeben hat oder sonst tätig geworden ist.

(3) Die Mitwirkungsverbote der Absätze 1 und 2 gelten nicht,

1. wenn der Vorteil oder Nachteil nur darauf beruht, dass jemand einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe angehört, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden,
2. bei Wahlen zu einer ehrenamtlichen Tätigkeit oder in ein Ehrenamt und für die Abberufung aus solchen Tätigkeiten,
3. bei Wahlen, Wiederwahlen und Abberufungen nach § 71, es sei denn, der Betreffende selbst steht zur Wahl,
4. bei Beschlüssen eines Kollegialorgans, durch die jemand als Vertreter der Gemeinde in Organe der in Absatz 2 Nr. 2 genannten Art entsandt oder aus ihnen abberufen wird; das gilt auch für Beschlüsse, durch die Vorschläge zur Berufung in solche Organe gemacht werden,
5. bei gleichzeitiger Mitgliedschaft in der Vertretung einer anderen Gebietskörperschaft oder deren Ausschüssen, wenn ihr durch die Entscheidung ein Vorteil oder Nachteil erwachsen kann.

(4) Wer annehmen muss, nach Absatz 1 oder 2 von der Mitwirkung ausgeschlossen zu sein, hat den Ausschlussgrund unaufgefordert der zuständigen Stelle anzuzeigen und den Sitzungsraum zu verlassen; bei einer öffentlichen Sitzung kann er sich in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes aufhalten. Für die Entscheidung in Fällen, in denen der Ausschluss streitig bleibt, ist bei Mitgliedern eines Kollegialorgans dieses, sonst der Bürgermeister zustän-

dig. Verstöße gegen die Offenbarungspflicht sind von dem Kollegialorgan durch Beschluss, vom Bürgermeister durch einen schriftlichen Bescheid festzustellen.

(5) Angehörige im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2, des § 72, des § 93 Abs. 5, § 103 Abs. 7 und des § 104 Abs. 3 sind

1. der Ehegatte oder die eingetragene Lebenspartnerin oder der eingetragene Lebenspartner,
2. Verwandte und Verschwägte gerader Linie sowie durch Annahme als Kind verbundene Personen,
3. Geschwister,
4. Kinder der Geschwister,
5. Ehegatten der Geschwister und Geschwister der Ehegatten,
6. eingetragene Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner der Geschwister und Geschwister der eingetragenen Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner,
7. Geschwister der Eltern.

Die unter den Nummern 1, 2, 5 und 6 genannten Personen gelten nicht als Angehörige, wenn die Ehe rechtswirksam geschieden oder aufgehoben oder die Lebenspartnerschaft aufgehoben ist.

(6) Die Mitwirkung eines wegen Befangenheit Betroffenen kann nach Beendigung der Abstimmung nur geltend gemacht werden, wenn sie für das Abstimmungsergebnis entscheidend war.